

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 83. Ratssitzung vom 28. September 2011

1780. 2008/294

Motion der EVP-Fraktion vom 25.06.2008:

Umwelttechnologie, Impulsprogramm für die Ansiedlung von Unternehmungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Stadtpräsident namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** begründet die Motion und das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3252/2008 und 3258/2008): Umwelttechnologie ist ein Wirtschaftszweig mit Wachstumspotenzial. Die Wirtschaft ist aber auf klare Signale aus der Politik angewiesen. Deutschland fördert z. B. mittels eines Energieeinspeisungsgesetzes die Solar- und Windkraft und hat uns um Längen überholt in diesem Bereich. Zürich hat, trotz guter Bedingungen durch die ETH und viel Cleantech-Know-how, kein Cleantech-Cluster. Es fehlt also an der Vernetzung, an der Nutzung von Synergien und somit an der Förderung von Cleantech-Start-ups. Die Umwelttechnologie-Szene ist sehr heterogen, was die Förderung erschwert. Es müsste eine Umgebung geschaffen werden, die die Leute zusammenbringt. Denkbar wäre ein jährlicher finanzieller Beitrag, wie ihn die Stadt z. B. auch dem Tourismus spricht. In seiner Ablehnungsargumentation gibt der Stadtrat an, er wolle zuerst die Resultate der Studie über die Standortförderung abwarten. Die Studie ist allerdings bereits publiziert, und gerade die Resultate betreffend Cleantech-Start-ups sind ernüchternd. Im Bereich Cleantech gibt es in Zürich kaum Start-up-Unternehmen. Die hohen Investitionskosten und lange Entwicklungszyklen schrecken Private und Studenten ab. Unterstützung durch fördernde gesetzliche Vorgaben und Fördermittel ist unbedingt nötig. Die Stadt könnte Förderpreise ausschreiben, eine Internetplattform und günstige Räumlichkeiten zur Verfügung stellen oder allenfalls auch mit der Zürcher Kantonalbank (ZKB) günstige Kredite für die Jungunternehmer aushandeln. Bitte unterstützen Sie das Anliegen des Impulsprogramms als Motion und nicht nur als grün angehauchtes Postulat. Bitte setzen Sie ein Zeichen für Cleantech in Zürich.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Der Stadtrat ist bereit, die Motion der EVP-Fraktion in Form eines Postulats entgegenzunehmen. Der Stadtrat will nicht einzelne Branchen mit finanziellen Mitteln gezielt fördern. Das Grundanliegen des Vorstosses, nämlich die Diversifizierung*

der Zürcher Wirtschaft, ist auch ein wichtiges Anliegen des Stadtrats. Ein Impulsprogramm ist übrigens als Katalysator für Branchen mit hohen Wachstumschancen gedacht. Die in der Motionsantwort erwähnte Studie sagt dem Cleantech-Bereich im Raum Zürich ein starkes Wachstum voraus. Zürich hat eine starke Position im Bereich Forschung und Entwicklung. Die Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung schafft bereits gute politische Rahmenbedingungen zur Förderung des Cleantech-Bereichs. Die Studie empfiehlt, in erster Linie in die Schaffung solcher Rahmenbedingungen zu investieren und nicht in Subventionierungen. Zahlreiche Massnahmen in dieser Richtung wurden bereits eingeleitet. Ich bitte Sie, uns die Motion als Postulat zu überweisen. Das Postulat von Richard Rabelbauer (EVP) nehmen wir gern entgegen.

Weitere Wortmeldungen:

Mark Richli (SP): Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass mit einem Impulsprogramm durchaus ein klares Zeichen gesetzt werden könnte und unterstützt deshalb beide Vorstösse wie eingereicht.

Bernhard Piller (Grüne): Die Grünen sind von beiden Vorstössen positiv angetan. Ein wesentlicher Grund ist die längerfristige Diversifizierung der Wirtschaft und die Befreiung vom Klumpenrisiko des Finanzsektors. Umwelttechnologie hat grosses Zukunftspotenzial. Zwar sind wir der Auffassung, dass politische Rahmenbedingungen massgebend sind für die Gründung, Ansiedlung und den Erfolg von Cleantech-Unternehmen. So, wie die Motion formuliert ist, beinhaltet sie aber die Komponente einer Wirtschaftsförderung und Standortförderung, die schnell in eine Standortkonkurrenz umschlagen und der Wirtschaft schliesslich schaden kann. Förderpreise, wie Claudia Rabelbauer (EVP) sie vorschlägt, gibt es bereits. Solche Preise wären kein Anstoss, sondern ein Surplus. Die Stossrichtung der Vorstösse ist richtig und wichtig, deshalb wollen wir beide als Postulat überweisen.

Martin Luchsinger (GLP): Wir stehen dem Anliegen, gute Rahmenbedingungen für Cleantech-Unternehmen zu schaffen, positiv gegenüber. Zürich verfügt über eine hervorragende Grundlage, um sich als bevorzugter Cleantech-Standort zu positionieren und sich langfristig aus der Abhängigkeit vom Finanzsektor zu befreien. In der Zürcher Bevölkerung und Politik herrscht ein hohes Bewusstsein dafür, dass sich Nachhaltigkeit in der Wirtschaft mittel- und langfristig für alle lohnt. Diese positive Ausgangslage sollte unbedingt genutzt werden. Der Cleantech-Branche sollte zum Durchbruch verholfen werden, um zu verhindern, dass ihre Akteure ins Ausland abwandern. Ein Impulsprogramm lehnen wir allerdings ab. Nützlicher erscheinen uns gute politische Rahmenbedingungen. Die Motion würden wir als Postulat unterstützen. Auch das andere Postulat werden wir unterstützen, nennt es doch explizit Umwelttechnologieparks, die unbedingt zu prüfen sind.

Roger Liebi (SVP): *Es fragt sich, weshalb sich die Cleantech-Unternehmen nicht in Zürich ansiedeln, wo wir doch mit der ETH und der Universität über hochkarätige Hochschulen verfügen, und wo die ZKB sich für die Finanzierung von Start-ups einsetzt. Es scheint offenbar noch andere Gründe zu geben für die Bildung von Cleantech-Clustern, z. B. die klimatischen Verhältnisse: Für Wind- oder Solartechnologie ist Zürich wohl kaum ein optimaler Standort. Was die Stabilität solcher Cleantech-Unternehmen betrifft, ist Vorsicht geboten, wie Beispiele aus dem Ausland zeigen. Wir sollten uns auch davor hüten, den gleichen Fehler noch einmal zu begehen und nur eine Branche fördern. Wichtig sind günstige Rahmenbedingungen, um Unternehmen anzulocken. Gerade Umwelttechnologie-Firmen wollen aber bestimmt expandieren und verlangen nach einem funktionierenden Verkehrssystem, was alles andere als gratis ist. Ich lehne die Motion und das Postulat ab.*

Mario Mariani (CVP): *Die CVP teilt die Ansicht der Motionäre, dass ein grosses Potenzial brach liegt, und dass wir uns aus der Abhängigkeit vom Bankenplatz begeben sollten. Auch teilen wir die Auffassung, dass vor allem die politischen Rahmenbedingungen stimmen müssen. Die geforderten Massnahmen kosten sehr wahrscheinlich weniger als 2 Mio. Franken, deshalb begrüssen wir die Einreichung der Motion als Postulat. Den zweiten Teil des Textes möchten wir streichen. Das zweite Postulat wird bereits abgedeckt von der Motion bzw. dem Postulat und ist somit überflüssig. Wir raten den Postulanten, das Postulat zurückzuziehen.*

Dr. Thomas Monn (SVP): *Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen orientieren sich primär nach marktwirtschaftlichen Kriterien und somit nach Angebot und Nachfrage. Innovation ist sicher für alle Branchen wichtig, aber für die Realisierung neuer Technologien braucht es nicht in erster Linie die Bildung eines Clusters, sondern attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und das Gewerbe. Die SVP unterstützt optimale Rahmenbedingungen für alle zukunftssträchtigen Branchen und lehnt deshalb ideologisch geprägte finanzielle Unterstützung für einzelne Technologien ab. Wenn erneuerbare Energien konkurrenzfähig sind, werden sie sich automatisch am Markt durchsetzen. Es braucht keine künstlichen Impulsprogramme, es existieren bereits zahlreiche private und staatliche Wirtschaftsförderungsinstitute und Gründungsplattformen. Einmal mehr sollen nun Steuergelder mit der Giesskanne verteilt werden; das ist kontraproduktiv und schafft falsche Anreize. Für Kleinunternehmen und Start-ups dürfte es im Umwelttechnologie-Bereich ohnehin besonders schwierig sein, sich gegen international tätige Grosskonzerne durchzusetzen. Die SVP lehnt sowohl die Motion als auch das Postulat ab.*

Mirella Wepf (SP): *Eine Bemerkung zum Argument von Roger Liebi (SVP), wonach die Unternehmen sich dort ansiedeln, wo ihre Materie vorhanden ist: Wenn dem so wäre, hätte die Schweiz die Schokolade nie erfunden und auch keine guten Schiffsmotoren gebaut.*

Marc Bourgeois (FDP): *Die FDP-Fraktion und ich teilen das Ziel der Vorstösse absolut. Geschäftlich wie auch wissenschaftlich bin ich schon lange Zeit im Bereich der Start-up-*

Förderung tätig. Im Rahmen meiner Masterarbeit habe ich abgeklärt, inwieweit staatliche Impulse und Förderungsprogramme bisher Erfolg gezeigt haben. Die Quintessenz der Studie ist einfach: Es lässt sich statistisch kein Zusammenhang nachweisen. Der Machbarkeitsglaube der Politik, durch Förderungsprogramme gewisse Branchen ansiedeln zu können, ist empirisch gesehen falsch. Der Staat kann zwar grundsätzlich günstige Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht gezielt gewisse Branchen fördern. Das Geld des Impulsprogramms würde sowieso nicht am vorgesehenen Ort ankommen, sondern unterwegs irgendwo bei anderen Firmen hängen bleiben. Es handelt sich hierbei übrigens um ein Operationsgebiet der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Die vielen Geldgeber, die sich um die KTI herum gruppiert haben, beklagen nicht zu wenig Geld, sondern zu wenig Projekte. Die hohen Mieten in der Stadt Zürich sind ein Grund dafür, dass Jungunternehmer lieber in umliegende Gemeinden gehen, insbesondere in die Nähe des Flughafens. Den Marktzugang, das Patentrecht usw. können wir nicht beeinflussen, deshalb sollten wir kein Geld ausgeben. Ich unterstütze aber günstige Rahmenbedingungen für alle Branchen.

Claudia Rabelbauer (EVP) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Dank einem Impulsprogramm konnten in letzter Zeit sehr viele Hortplätze geschaffen werden, Impulsprogramme können also sehr wohl etwas bewirken. Insofern wäre das vorgeschlagene Impulsprogramm nötig gewesen – trotz der Bemühungen, die in der Stadt bereits unternommen werden, wie Stadtpräsidentin Corine Mauch erwähnt hat. Es wurde hier jetzt viel von günstigen Rahmenbedingungen gesprochen, ohne dass diese auch nur einmal konkretisiert worden wären. Den Textänderungsvorschlag der CVP lehnen wir ab, denn wir möchten informiert werden. Ich danke der SP für die Unterstützung und bin bereit, die Motion als Postulat einzureichen.

Joachim Hagger (FDP): Der Rat ist offenbar einstimmig für mehr Cleantech-Unternehmen in der Stadt Zürich und für die langfristige Unabhängigkeit von der Finanzindustrie. Um dies zu erreichen, sind gute Rahmenbedingungen wichtig. Ein Impulsprogramm ist keine gute Rahmenbedingung, denn es handelt sich dabei um eine Anschubfinanzierung, die entweder glückt oder nicht. In der Förderung von Start-ups ist ebenfalls keine Schaffung von Rahmenbedingungen enthalten. Die beiden Vorstösse gehen in die falsche Richtung, deshalb lehnen wir sie ab.

Roger Liebi (SVP): Als Beispiel für einen Cluster wurde unter anderem das Silicon Valley genannt. Dieses funktioniert aber nicht über staatliche Subventionen, sondern über die Universitäten und über Venture Capital. 2010 kamen im Silicon Valley für die Gründung von Firmen über 8 Mrd. US-Dollar Venture Capital zusammen. Es fragt sich, ob die EVP solche Venture Capital-Firmen in Zürich haben möchte. In Grenchen beträgt die Arbeitslosigkeit 4,2 %, während sie im Kanton Solothurn nur bei 1,2 % liegt. Der Uhrengürtel dürfte dementsprechend kein geeignetes Beispiel für eine erfolgreiche Clusterbildung sein. Die Rahmenbedingungen müssen generell attraktiv ausgestaltet sein, so dass es für Firmen interessant ist, in der Stadt Zürich nicht nur zu forschen, sondern auch Ertrag zu generieren.

5 / 5

Das Postulat GR Nr. 2011/357 (statt Motion GR Nr. 2008/294, Umwandlung) wird mit 71 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**Kopie vorab an:
STP**